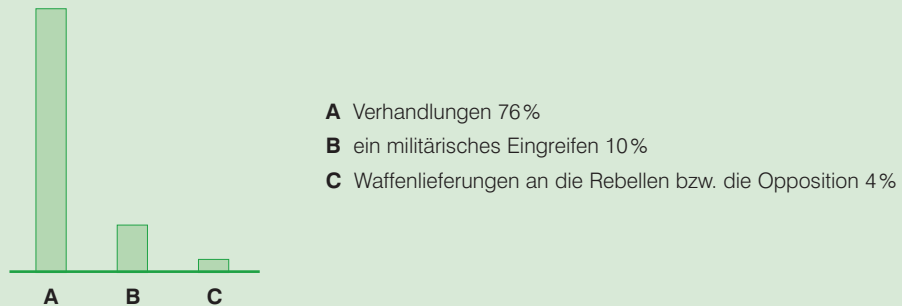


Wie mit dem Syrien-Konflikt umgehen?

IP | 07/08 | 13

Deutschland sollte sich im Umgang mit dem Syrien-Konflikt bei den anderen EU-Staaten in erster Linie einsetzen für ...



	A	B	C
CDU/CSU	80	16	1
SPD	76	9	6
FDP	70	14	8
Grüne	80	11	5
Linke	82	6	8

Datenbasis: 1003 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 5. bis 7. Juni 2013.

An 100% fehlende Angaben: „weiß nicht“. Statistische Fehlertoleranz: + / - 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Eine deutliche Mehrheit von 76 Prozent der Deutschen ist der Ansicht, dass Berlin sich im Syrien-Konflikt für Verhandlungen einsetzen sollte. Nur jeder Zehnte befürwortet dagegen ein militärisches Eingreifen, etwa im Rahmen einer Flugverbotszone. Ganz deutlich ist die Abneigung gegen Waffenlieferungen an syrische Oppositionsgruppen: Gerade einmal 4 Prozent der Befragten sprechen sich insgesamt dafür aus, im Osten Deutschlands sind es gar 0 Prozent. Deutlich über dem Schnitt liegen hier mit jeweils 8 Prozent die Anhänger der FDP und der Linken. Die Option für ein militärisches Eingreifen erhält aus den Reihen von CDU- (16 Prozent), FDP- (14 Prozent) und Grünen-Wählern (11 Prozent) überdurchschnittliche Unterstützung.

Bereits im Mai/Juni 2012 hatte die IP eine ähnliche Umfrage in Auftrag gegeben. Damals waren jedoch auch Mehrfachnennungen möglich. Es fällt auf, dass die Zustimmungquote für eine militärische Option im vergangenen Jahr spürbar gesunken ist. Seinerzeit hatten sich 16 Prozent für ein Eingreifen ohne deutsche Beteiligung und immerhin 12 Prozent für eine Militärintervention mit deutscher Beteiligung ausgesprochen. 13 Prozent der Befragten hatten sich außerdem für eine „Unterstützung der Oppositionsgruppen durch Waffen und Geld“ ausgesprochen. Die Zustimmung zu dieser – auf Waffenlieferungen reduzierten – Antwortoption ist heute deutlich geringer.